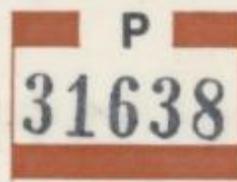


NATIONALRAT DR. CHRISTOPH BLOCHER



ANPASSUNG UND WIDERSTAND

*Vortrag,
gehalten
an der
«Albisgüetli»-
Tagung
der Zürcher SVP
am
24. Januar 1992
in Zürich*



«SCHWEIZERZEIT»-SCHRIFTENREIHE NR. 11

Dodis



9261925

Unter dem Titel "**Anpassung und Widerstand**" hat die «Schweizerzeit» Nationalrat Christoph Blochers Albisgüetli-Rede bereits in ihrer Ausgabe vom 21. Februar 1992 als Leitartikel abgedruckt. Dieser Leitartikel folgte wörtlich dem Manuskript, das Christoph Blocher seiner Albisgüetli-Rede zugrunde gelegt hat.

Das Abhören einer Tonbandaufzeichnung von Christoph Blochers Albisgüetli-Rede hat gezeigt, dass der Redner in spontaner Abweichung vom Manuskript in seiner Ansprache zahlreiche zusätzliche Aspekte von wesentlichem Gehalt angesprochen hat. Der in dieser Broschüre festgehaltene, vom Redner autorisierte Text folgt dieser Tonbandaufzeichnung. Er weicht deshalb, wenn auch nicht im Gehalt, so doch in verschiedenen Formulierungen vom Text des «Schweizerzeit»-Leitartikels vom 21. Februar 1992 ab.

Copyright
«Schweizerzeit» Verlags AG, CH-8416 Flaach
ISBN 3 - 907983 - 11 - 4
April 1992

Fotos: Keystone Press

P 31638/11

Nationalrat Dr. Christoph Blocher

Anpassung und Widerstand

*Eine politische Standortbestimmung,
vorgetragen anlässlich der Albisgüetli-Tagung
der SVP des Kantons Zürich
am 24. Januar 1992*

SCHWEIZERISCHE LANDESBIBLIOTHEK

 BIBLIOTHEQUE NATIONALE SUISSE
 BIBLIOTECA NAZIONALE SVIZZERA

S. 1/100 1992

Einleitung

Man muss die schweizerische Innenpolitik über viele Jahre zurückverfolgen, bis man auf eine politische Rede stösst, die ein Echo geweckt hat, das demjenigen vergleichbar wäre, das Nationalrat Christoph Blochers Albisgüetli-Rede vom 24. Januar 1992 ausgelöst hat.

Einige Wochen nach dieser grosse innenpolitische Wellen werfenden Albisgüetli-Rede lässt sich auch verfolgen, wie, wann, und mit was für politischen Mitteln jene Kontroverse in Szene gesetzt worden ist, die Ende Februar während Tagen das politische Leben in der Schweiz dominiert hat.

Bezeichnenderweise haben jene Zeitungen, die mit eigenen Berichterstatern im Albisgüetli vertreten waren, am Tag nach Nationalrat Blochers Rede weitgehend korrekte, am tatsächlich Gesagten orientierte Zusammenfassungen publiziert. Die Kontroverse wurde erst etwas später ausgelöst - nachweisbar durch solche Medienvertreter, die an der Albisgüetli-Tagung gar nicht anwesend waren, die somit Nationalrat Blochers Rede gar nicht selber gehört hatten. Kein Wunder, dass sich deren "Kommentare" nie am Text von Nationalrat Blochers Rede orientierten. Es waren allein persönliche Attacken gegen den Redner, die von diesen Nichtteilnehmern geritten wurden - teilweise mit einer Wortwahl, die jeglicher Fairness spottete...

Ob man Nationalrat Blochers Standpunkt als so gefährlich einstuft, dass nur noch die direkte, teilweise fast hasserfüllt vorgetragene Attacke auf die Person des Redners als Antwort übrigblieb?

Diese persönlichen Attacken provozierten indessen ein für die dafür Verantwortlichen wohl eher unerwartetes Resultat: Die Redaktionen jener Blätter, deren Mitarbeiter die schärfsten Attacken formuliert hatten, wurden - vom "Blick" bis zum Berner "Bund" - von Leserbriefen geradezu überhäuft. Von Leserbriefen, die mit Kritik an der Art und am Stil der Attackenreiter wahrlich nicht zurückhielten... Wer die Leserbriefseiten jener Zeitungen, die die vorderste Angriffsfront gegen Christoph Blocher gebildet hatten, in jenen Tagen Ende Januar/anfangs Februar 1992 verfolgte, erhielt einen Anschauungsunterricht zur Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung, wie sie in dieser Schärfe selten sichtbar wird.

Es war denn auch diese Kontroverse um Nationalrat Blochers Albisgüetli-Rede, die dazu veranlasste, diese Rede in ihrem ganzen Umfang in einer Broschüre zu veröffentlichen. Wird diese gehaltvolle Rede und ihr Autor von der veröffentlichten Meinung schon in aller Schärfe angegriffen, so mag die Öffentlichkeit wenigstens zur Kenntnis nehmen, was im Albisgüetli tatsächlich gesagt worden ist.

Wer sich mit dem Inhalt - nicht bloss mit der Medienberichterstattung über Christoph Blochers Rede - ernsthaft auseinandersetzt, der dürfte bald das politische Format jener gültig beurteilen können, die auf Christoph Blochers Rede lediglich noch mit von kaum verhaltener Wut gezeichneten persönlichen Attacken zu reagieren in der Lage waren.

Ulrich Schlüer

Dr. Christoph Blocher, Nationalrat

Anpassung und Widerstand

Die traditionelle Albigüetli-Tagung der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich soll auch 1992 wieder eine **kraftvolle politische Kundgebung** unserer Partei sein und unsere politische Vitalität zum Ausdruck bringen. Unsere Albigüetli-Tagung soll also ein Ort und ein Anlass sein, wo **politische Auseinandersetzung** in bestem Sinne noch stattfindet, wo wir **mutig Stellung nehmen** wollen.

Ein weiteres Mal in der Geschichte unseres Landes ist überall von "Anpassung" die Rede. Anpassung sei das Gebot der Stunde. Anpassen müsse man sich an die **Zeit** und ihre Umstände, an die veränderten **Drogensitten**, an die sich stetig steigernde **Kriminalität**, die als Krankheit, nicht mehr als Delikt zu betrachten sei. Anpassung wird gefordert an die **missliche Asylpolitik**, an den in grossem Stil betriebenen Asylrechtsmissbrauch, der neuerdings von Politikern nobel und grosssprecherisch als "**Migration**" verschleiert wird. Und dann müsse sich die Schweiz **vor allem Europa** - gemeint ist natürlich: **der EG** - anpassen !

Im vergangenen siebenhundertsten Jahr der Eidgenossenschaft ist kaum eine offizielle Festrede zu Ende gegangen, in

welcher nicht Bundesräte, Parlamentspräsidenten, National- und Ständeräte immer wieder betont haben, **die Schweiz sei kein Sonderfall mehr**. Muss man sich denn schämen, ein Sonderfall, etwas Besonderes zu sein ?

Wären wir nicht ausgesprochen froh, wenn es mehr Politiker gäbe, die wirklich etwas Besonderes sind ?

Jeder, der wirklich eine Persönlichkeit ist, darf doch für sich in Anspruch nehmen, etwas Besonderes, ein Sonderfall zu sein; und durch solche Persönlichkeiten wird doch auch unsere Schweiz zum echten Sonderfall.

Woher rührt denn dieses krampfhaft, andauernde Beteuern der Politiker und der Presse, die Schweiz sei kein Sonderfall mehr, ja, sie könne nicht mehr weiterexistieren, wenn sie weiterhin Sonderfall bleiben wolle ?

Leider steckt hinter solcher Abwertung der Schweiz Bedenklicheres als nur alberne Mode: **Unsicherheit, Schwäche, Unselbständigkeit, Minderwertigkeitsgefühl**, vor allem aber die **Unfähigkeit**, die Probleme im eigenen Land aus eigener Kraft zu lösen. Deshalb sucht man lieber den Anschluss an andere. Zusätzlich aber - und dies muss mit aller Deutlichkeit festgehalten werden - spricht aus dieser Haltung auch **die mangelnde Identifikation der führenden Politiker mit dem eigenen Land, mit dem eigenen Volk, mit der eigenen Aufgabe**. Ja, wenn man gewisse Artikel liest, wenn man sich gewisse Reden anhört, dann gipfelt diese mangelnde Identifikation nicht selten gar in **Verachtung** des eigenen Landes und des eigenen Volkes.

Aber gerade in den kommenden Monaten und Jahren wird sich für uns Schweizer immer gebieterischer die politische Grundfrage stellen: Wie weit **müssen**, wie weit **dürfen**, wie

weit **können** wir uns anpassen ? Oder anders gefragt: Wo ist entschiedener **Widerstand** gegenüber allzu bereitwilliger Anpasserei unumgänglich ?

Anpassungsfähig - anpassungswillig - geländegängig

Es ist eine Tragik, dass wir diese entscheidende Auseinandersetzung in einer politisch ausgesprochen schlechten Zeit zu führen haben.

Das heutige politische Leben wird leider allzu stark dominiert von einer grossen Zahl anpassungsfähiger, anpassungswilliger - ein Bauer würde sagen "geländegängiger" - Typen. Sie verhalten sich so vollständig angepasst, dass sie selber kaum mehr



registrieren, dass sie ununterbrochen nur noch Gemeinplätze, allgemeine Weisheiten und Leerformeln schreiben, schwatzen und nachplappern. Wo **geführt** wird, wo Persönlichkeiten wirken, die etwas bewegen, verändern, beeinflussen, gestalten, Fehlentwicklungen verhindern wollen, da ist kein Platz für Mittelmässigkeit, mag diese mit noch so gewichtigen akademischen Titeln getarnt sein.

Leider ist dieses Übermass an Mittelmässigkeit, dieser ausgesprochene Mangel an Persönlichkeiten nicht nur auf die politische Führung beschränkt. Auch in den Hochschulen ist sie stark verbreitet. Auch in der Wirtschaft - nach vielen Jahren guten Geschäftsganges - ist in den Führungsgremien bedenklicherweise ebenfalls ein erheblicher Überfluss an schablonenhaft handelnden, sich "stromlinienförmig" und anpassungsfähig gebenden Repräsentationsfiguren festzustellen - wahrlich nicht zum Vorteil unserer Wirtschaft ! In guten Jahren mag sich ein Konzern zwar anpassungsfähig auftretende Repräsentanten leisten; in schlechten Jahren vermögen diese ihren Aufgaben gegenüber nicht zu genügen. Das gilt auch für die Politiker.

Anzeichen der Besserung ?

Leben wir auch - nicht zum erstenmal in der Geschichte der Eidgenossenschaft - in einer politisch schlechten Zeit, so gibt es dennoch hoffnungsvolle Zeichen. Es gibt tatsächlich Anzeichen, dass sich die gesellschaftliche Situation in unserem Land wieder verbessert. Das zeigen zum Beispiel die kürzlich Tatsache gewordenen Wahlergebnisse:

Die Zürcher SVP, die in den letzten Jahren im Kanton Zürich thematisch eindeutig die politische Führung übernommen hat

(dies war übrigens keine Kunst: Jemand anderer fand sich ja gar nicht mehr, der bereit gewesen wäre, politisch zu führen); die Zürcher SVP, welche eindeutig gegen den vorherrschenden Medientrend angetreten ist; die Zürcher SVP, welche sich und ihre Exponenten zum Teil massiver Kritik aussetzen musste; die Zürcher SVP, welche von allen Seiten und nicht selten lauthals als die "Nichtanpasser-Partei" verschrien worden ist - ausgerechnet diese Partei hat am 20. Oktober 1991 die Wahlen gewonnen. Ja, die Zürcher SVP ist an diesem Tag zur **stärksten Partei** im Kanton Zürich geworden.

Unsere Stellungnahme war und ist eindeutig, klar, unmissverständlich. Und genau dies haben die Wähler honoriert. Dies beweist, dass ein Grossteil des Volkes der Schaukelpolitik, wie sie von den meisten Parteien geführt wird, überdrüssig ist. Eine politische Partei, welche die politischen Zeitfragen mutig aufgreift und bereit ist, ihre Lösungsideen auch durchzufechten, eine solche Partei wird vom Wähler heute offensichtlich wieder geschätzt. Und wenn die NZZ vor den Wahlen getitelt hat: "*Die SVP im Schatten Blochers*", so können wir darauf nur feststellen: Offenbar verfügt die Zürcher SVP noch über Politiker, die einen Schatten werfen. Das können heute nicht mehr viele Parteien von sich behaupten...

Blut, Schweiss und Tränen

Einfacher wird für uns die politische Arbeit nicht werden. Es dürfte darum angezeigt sein, sich mit dem Ernst der Lage gründlich auseinanderzusetzen. Wenn heute von allen Seiten Anpassung gefordert wird, wenn sich kaum mehr jemand getraut, etwas zu sagen, das vor ihm nicht tausend andere auch schon gesagt haben, dann wird man erinnert an **Churchill**, der 1940, als er sein schwieriges Amt zu

übernehmen hatte, seinem Volk nichts anderes zurufen konnte als: *"I have nothing to offer but blood, tears and sweat!"* - *Ich habe nichts anderes anzubieten als Blut, Schweiss und Tränen! Dies allerdings wird uns zum Erfolg führen...*

Und es ist kein Zufall, dass dieser Premierminister, nachdem er den Krieg erfolgreich geführt hatte, nicht einmal mehr den Friedensvertrag unterzeichnen konnte, weil er zu diesem Zeitpunkt bereits abgewählt war.

Eine gute Politik zu betreiben, das ist nicht einfach ein Honiglecken ! Wir haben **Widerstand** zu leisten gegen all die Fehlentwicklungen, denen unser Land derzeit ausgesetzt ist. Wir haben anzutreten gegen den verhängnisvollen Trend zur **Regulierung**, gegen die ungeheure **Gesetzesflut**, gegen eine verfehlte **rot-grüne Politik**, gegen die **Verschleuderung von öffentlichen Mitteln**, gegen die **Freiheitsbeschränkungen** an allen Orten, gegen die **Zunahme der Verbrechen**, gegen die **verfehlte Drogen- und Asylpolitik**, gegen die **konzeptionslose Landwirtschaftspolitik**.

Widerstand heisst das richtige Wort ! Widerstand ist das Gebot der Stunde ! Aber nicht nur Widerstand gegen rot-grüne Gegner, sondern auch gegen die vielen Leisetreter und Anpasser unter den bürgerlichen Politikern in den bürgerlichen Parteien, welche allzuoft mit der Miene von Pharisäern - als wären sie Niklaus von der Flüe höchstpersönlich - und mit viel professoralem Gehabe die Anpassung und das Nachgeben geradezu zelebrieren - schönfärberisch betuernd, sie würden eben "differenzierte" Politik betreiben. Wer wirklich differenziert zu denken vermag, wer ein Problem wirklich in seiner ganzen Tiefe auszuloten vermag, der weiss - wenn er zu führen in der Lage ist - auch: Am Schluss muss eine klare Stellungnahme, eine klare, richtungsweisende **Entscheidung** stehen ! Kein Platz bleibt da mehr für den "Differenzler", des-

sen Anpassertum nichts anderes zum Ausdruck bringt als fehlende Kraft zum Widerstand und fehlenden Mut, eine eigene Meinung zu vertreten und zu dieser eigenen Meinung auch zu stehen.

Wer klar, einfach und mutig Stellung bezieht, der geht unweigerlich immer auch ein **Risiko** ein: Er wird angegriffen. Man widerspricht ihm ! Wer dagegen keine Stellung bezieht, dem kann man auch nicht widersprechen - er hat zweifellos ein angenehmeres Leben. Er muss nicht damit rechnen, von feigen Gegnern aus dem Hinterhalt in oft unsachlicher Weise angegriffen zu werden mit dem Ziel, unglaublich gemacht zu werden. Es werden gegen ihn keine Intrigen geschmiedet, deren Abwehr viel Schweiß und Tränen erfordert. - Es gibt gegen solche Machenschaften allerdings ein Mittel, das seinerzeit **Friedrich der Grosse** sich in solchen Situationen jeweils gesagt hat (ich würde mir selbst, hätte Friedrich der Grosse diese Worte nicht gesagt, selbstverständlich niemals erlauben, diesen Satz hier auszusprechen): *"Wer viele Affen um sich hat, der wird auch oft gebissen !"*

Die politische Situation erträgt es freilich nicht, dass wir uns von unserem Auftrag ablenken lassen durch kleinkarierte Scharmützel, Intrigenkämpfe und Affenbisse. Zuviel politischer Schutt lastet auf unserem Land und auf unserem Volk. Wir sind dazu da, diesen Schutt wegzuräumen. Wir sind gefordert und aufgerufen, Ordnung in die verfahrenene Entwicklung zu bringen und dabei ganz bei der Sache zu bleiben. Und dieses konsequente Bei-der-Sache-Bleiben, das ist unsere Stärke !

Das Nein als das Ja

"Widerstand" heisst oft, **"Nein" sagen**, Nein sagen zu können. Dieses gehört zum Schwierigsten in der Führung, auch in der



Wirtschaft, auch im Militär: Das Nein bedeutet, **Widerstand zu leisten gegen Fehlentwicklungen**. Ja sagen ist leichter, das weiss man schon von der Kindererziehung. Für ein Nein braucht es viel Kraft. Und das gilt besonders für eine Generation, der man in der Pädagogik - es war dies in den letzten zwanzig Jahren gleichsam ein eiserner Bestandteil der Schulweisheit und der Psychologie für die Erziehung - jahrelang gepredigt hat, das Ja-Sagen sei das wichtigste von allem. In welchem Ausmass diese Theorie Schiffbruch erlitten hat, bemerkt man heute schon bei einem Spaziergang durch die Stadt Zürich, wo man - als Präventivmassnahme gegen die Drogensucht - auf grossen Plakaten auf Schritt und Tritt lesen kann: *"Wer gelernt hat, Nein zu sagen, kann leichter auch Nein zu Drogen sagen!"*

Die Schöpfer dieses Slogans glauben gar, damit eine ganz neue, ausgesprochen progressive Weisheit ausposaunt zu haben.

Dabei beinhaltet dieser Satz doch eine urkonservative, seit Jahrzehnten gültige Feststellung ! Aber es scheint Leute zu geben, die solche Grundsätze nur zur Kenntnis nehmen können, wenn sie in Form einer überaus teuren, mit dem Geld des Bürgers bezahlten Plakatkampagne verbreitet werden. Auf jene politischen Kräfte, die diese Weisheit - ohne dass es Kosten verursacht hätte - schon seit langem vertreten, glaubte man dagegen nicht hören zu müssen...

In einer politisch schlechten Zeit, wo eine Unzahl lebensfremder Lösungen propagiert wird, heisst das Gebot der Stunde: Nein ! Damit handelt man sich zwar von seiten all der so zahlreich zirkulierenden Anpasserfiguren sehr rasch den Übernamen "Neinsager-Partei" ein, wie wir es derzeit täglich zu hören bekommen. Warum eigentlich nicht ? "Nein" sagen zu einem schlechten Vorschlag, zu einer schlechten Lösung - das heisst doch immer auch **"Ja" sagen zu etwas Besserem !**

Wenn wir **Nein** sagen zur **Ausgabenflut** im Bund, die wir in den letzten Jahren unermüdlich kritisiert haben, dann sagen wir doch gleichzeitig **Ja** zu einem **ausgeglichenen Bundeshaushalt**, weil wir wissen, dass nur ein ausgeglichener Bundeshaushalt die Voraussetzung dafür ist, dass unser Land im Wohlstand leben kann.

Nein sagen zu einer **Parlamentsreform**, welche den Weg zu einem **Berufsparlament** einschlägt, mit einem Politbetrieb, der dann noch weit stärker als heute schon abhängig ist von Durchschnittsfiguren, die sich dem Volk längst entfremdet haben, dieses Nein ist doch gleichzeitig ein **Ja** zu einem Parlament, das von **Persönlichkeiten** geprägt ist, die das Leben kennen, die die Sorgen und Nöte des Volkes selber erfahren haben und nicht bloss aus Paragraphen herauslesen.

Nein sagen zum Zehnmilliarden-Abenteuer des **Internationa-**

Ien Währungsfonds und der **Weltbank**, die uns auf gefährliche Weise in all ihre Transaktionen einbinden wollen, das heisst doch gleichzeitig **Ja** sagen zu einem Land, das sich **nicht vereinnahmen** lässt durch den internationalen Konferenzbetrieb mit seinen Beschlüssen.

Nein sagen zu einer internationalen **Entwicklungshilfe**, welche kopflos lediglich Geld ausgibt, weil es die andern auch tun und man deshalb glaubt, dies gehöre zum guten Ton, ohne dass man fragt, ob es gut oder schlecht ist, und weil man doch bei all der internationalen Betriebsamkeit rund um dieses Geschäft auch gerne dabei sein möchte. Wer Nein zu solchen Entwicklungen sagt, sagt doch gleichzeitig **Ja** zu einer **prosperierenden Entwicklung** dieser Länder auf der Grundlage ihrer **Selbstverantwortung**. Ich denke dabei auch an die Osthilfe, die von Bern gegenwärtig mehr oder weniger unbesehen propagiert wird. Kenner der Lage, die aus Russland zurückkehren, warnen vor diesem Irrweg. Denn als Folge dieser Hilfe konzentrieren sich die Menschen dort ausschliesslich darauf, wie sie an möglichst viele der geschenkten Mittel herankommen könnten. Statt dass sie sich darauf konzentrieren, das Fundament für eine Wirtschaft zu legen, die die Ernährung und Sicherung der Bevölkerung aus eigener Kraft gewährleisten wird.

Nein sagen zu jener ganzen **Flut von Gesetzen** und Paragraphen, zu all den Regulierungen von allem und jedem, das heisst doch gleichzeitig **Ja** sagen zu einer **freiheitlichen, konkurrenzfähigen Schweiz**, in welcher es den Schweizern gut geht und sie ihre Eigenverantwortung wahrnehmen können. Die "Classe politique" ist doch geradezu gefangen im Glauben, man müsse alles und jedes mit staatlichen Bestimmungen regulieren. Dass die Sozialdemokraten diese Tendenz vorantreiben, damit hat man sich wohl abzufinden. Denn die Sozialdemokraten hierzulande stecken noch immer in den Schuhen je-

ner, die hinter dem Eisernen Vorhang Konkurs gemacht haben; sie sind - hat man allzu oft den Eindruck - in keinem Bereich für eine freie Wirtschaft, ausser bei den Drogen...

Dass aber auch immer wieder Bürgerliche dieser Tendenz zur Reglementierung nachgeben, das kritisieren wir mit aller Schärfe.

Nein sagen zu einer **konzeptlosen Landwirtschaftspolitik**, heisst doch nichts anderes als **Ja** sagen zu einem **Bauernstand mit gesicherter, lebenswerter Zukunft**.

Nein sagen zu **unhaltbaren Personalentscheiden** im Bundeshaus, heisst gleichzeitig **Ja** sagen zu **besseren Entscheidungen**. Wenn der Bundesrat heute den Direktor einer grünen Kampforganisation, die mit Einsprachen systematisch jedes grössere Bauvorhaben zu verzögern oder zu verhindern sucht, wenn der Bundesrat ausgerechnet den Direktor einer solchen Kampforganisation zum Chef des Bundesamtes für Umweltschutz, Wald und Landschaft ernennt, dann muss man angesichts der üblichen Anpasserei und Leisetreteri wohl allmählich damit rechnen, dass die Landesregierung nächstens, wenn 1993 ein neuer Generalstabschef zu ernennen ist, gar noch den Präsidenten der Gruppe "Schweiz ohne Armee" in dieses Kommando beruft. Diese Befürchtung ist keineswegs so unangebracht, nachdem dieser Kopf der Armee-Abschaffer neuerdings bereits in die nationalrätliche Militärkommission Einsitz nehmen kann...

Nein sagen zum **Asylrechtsmissbrauch** - und zu diesem kategorischen Nein stehen wir in aller Offenheit - heisst gleichzeitig **Ja** sagen zu Massnahmen, die ein Klima schaffen, in dem **keine Fremdenfeindlichkeit** entstehen kann.

Wenn ich auf meine bisherige politische Laufbahn zurückblicke, wenn ich mir dabei als Politiker einen Vorwurf

für meine bisherige politische Tätigkeit machen müsste, dann wäre es der, dass ich in den letzten Jahren viel zu wenig Nein gesagt habe.

EWR / EG

Anpassung oder Widerstand - dies wird zur Schicksalsfrage für unser Land werden, wenn es in den nächsten Jahren zu entscheiden gilt, ob die Schweiz dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Europäischen Gemeinschaft (EG) beitreten soll oder nicht. Da geht es um die alles entscheidende Frage: Wollen wir uns leichtfertig anpassen, oder leisten wir Widerstand mit dem Ziel, Güter - ideelle und materielle - zu bewahren, die, wenn sie einmal preisgegeben sind, kaum mehr zurückgeholt werden könnten.

Ich bin stolz, dass die Zürcher SVP diese Frage in den letzten Jahren - in Tagungen, in Kommissionssitzungen, in Streitgesprächen, in kontradiktorischen Auseinandersetzungen mit Diplomaten, mit Wirtschaftsleuten und Politikern - sehr gründlich geprüft hat. In einer Gründlichkeit, mit der sich keiner von jenen messen kann, der unserer Partei unablässig den Vorwurf macht, wir würden "undifferenziert" urteilen. Fast alle - Angehörige der Classe politique ebenso wie Vertreter der Wirtschaft - die heute für ein Ja zum EWR-Vertrag werben, orientieren sich einzig an dessen **Präambel**. Wir dagegen haben unsere Arbeit in einer Vollständigkeit an der ganzen Problematik orientiert, die an Gründlichkeit und Differenziertheit nichts zu wünschen übrig lässt. Und wir haben klar erkannt, dass ein **Beitritt** der Schweiz zur EG für unser Land und für unser Volk **wirtschaftlich, politisch und kulturell mit sehr schweren Nachteilen** verbunden ist. Und der Beitritt würde auch Europa nichts Entscheidendes bringen. Darum werden

wir in dieser Frage entschieden Widerstand leisten, leisten müssen - nicht nur bezüglich EG-Beitritt, sondern auch im Blick auf seinen Vorhof, den EWR. **"Nein"** heisst die Parole - klipp und klar !

Der EWR-Vertrag, der nach Meinung des Bundesrates unterschrieben werden sollte, der zunächst aber selbst vom Europäischen Gerichtshof als rechtswidrig bezeichnet worden ist - gemäss diesem Vertrag müsste unser Land künftig nicht nur **fremde Richter** akzeptieren. Zusätzlich müsste es auf allen im Vertrag vereinbarten Gebieten faktisch ein durch die EG gesetztes, also **fremdes Recht** akzeptieren und übernehmen.



Nationalrat Christoph Blocher zusammen mit dem Ehrengast der Albisgüetli-Tagung, Bundesrat Kaspar Villiger.

Haben wir denn siebenhundert Jahre lang gegen fremde Richter gekämpft, haben wir uns siebenhundert Jahre lang für eigene Richter eingesetzt, um jetzt plötzlich unsere Freiheit nicht nur gegen fremde Richter, sondern auch gegen fremdes Recht einzutauschen ? Soviel Verlust an Souveränität, an demokratischen Rechten, soviel Verlust an Selbstbestimmung lassen wir uns nicht gefallen ! Da muss das Volk zum rechten sehen; denn es ist zu befürchten, dass das Parlament - in dem Zustand, in dem es sich heute befindet - dem EWR-Vertrag zustimmen wird.

Ich suche schon seit langem nach guten Gründen **für** einen Beitritt zum EWR-Vertrag und zur EG - aber ich kann suchen, solange ich will: Es lassen sich keine finden. Man kann doch nicht nur von **Solidarität** schwärmen; man kann doch nicht nur sagen, wir gehörten einfach zu Europa - das wissen wir schon lange: Wir gehören schon seit jeher zu Europa ! Man kann nicht nur verlangen, wir müssten verbunden sein mit Europa - wie wenn wir nicht mit Europa schon längst verbunden wären. Wir sind doch schon heute mit verschiedenen EG-Staaten enger verbunden als verschiedene EG-Staaten untereinander verbunden sind. Wir haben uns doch noch nie abgekapselt, noch nie isoliert. Nein - solche Allgemeinplätze führen zu nichts. Wenn man dieses Reden in Allgemeinplätzen auf seinen wahren Kern untersucht, dann stellt man fest, dass es nichts anderes als Ausfluss des mangelnden Selbstbewusstseins ist, der mangelnden Kraft, am richtigen Ort Widerstand zu leisten - und damit allenfalls gar allein dazustehen...

Wir müssen das Heft selber in die Hand nehmen. Wann endlich wollen unsere Politiker, aber auch die Wirtschaftsverbände dafür sorgen, dass wir **unser eigenes Haus aus eigener Kraft** in Ordnung bekommen, statt dass wir einer Fata Morgana nachspringen ? Wer nicht in der Lage ist, im

eigenen Haus Ordnung zu halten, der muss doch nicht glauben, er könne die Welt verbessern !

Noch ist nicht alles bekannt, was im EWR-Vertrag steht, weil der Vertrag noch immer nicht im Wortlaut vorliegt. Viele Politiker und Wirtschaftsverbände scheinen diesen EWR-Vertrag gutheissen zu können, weil in der **Präambel** ein paar schöne Sätze stehen. Auch sie wissen nicht, was im **Detail** festgelegt wurde. Ist es vielleicht Taktik, dass man uns den Text und die Anhänge zu diesem Vertrag solange vorenthält ? Ist es vielleicht Taktik, wenn drei Monate nach Unterzeichnung des Vertrags dessen Text noch immer nicht in einer unserer Landessprachen vorliegt ? Bruchstückartig - so gleichsam auf dem Latrinenweg - erfahren wir lediglich, dass die Schweiz das **europäische Sozialrecht**, die **europäische Statistik**, die **Mitbestimmung**, die **Gleichstellung der Ausländer aus allen EWR-Staaten mit den Schweizer Bürgern**, die Ausbezahlung der **Ergänzungsleistung der AHV für alle Ausländer aus den EWR-Staaten**, welche je einmal in der Schweiz gearbeitet haben etc. zu übernehmen hätte. Viele dieser Bestimmungen hat unser Volk in Volksabstimmungen abgelehnt !

So wird immer eindeutiger: Unsere **schweizerischen Rahmenbedingungen** für unsere politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten würden sich mit der Unterschrift unter den EWR-Vertrag und durch einen Beitritt zur EG im ganzen gesehen **verschlechtern**. Ob dies wohl das versteckte Ziel gewisser in- und ausländischer Kreise ist ?

Der Kleinstaat Schweiz würde bei gleich schlechten Rahmenbedingungen, wie sie in der EG heute gültig sind, wenn diese vom Ural bis nach England Gültigkeit hätten, eindeutig der Verlierer sein. Der Kleinstaat Schweiz, arm an Bodenschätzen, ohne Meeranschluss, mit einem kleinen Binnenmarkt,



braucht bessere Rahmenbedingungen als grosse, reiche Länder sie haben.

Die Schweiz - als ein an sich armes Land - ist zu einem gesunden, vollbeschäftigten Land geworden dank einem **massgeschneiderten Gewand**. Die Schweiz braucht einen massgeschneiderten Anzug. Aber dazu braucht es gute Schneider, nicht internationale Schwätzer !

Die Schweiz in der EG würde in die Stellung einer unbedeutenden, **armen Randregion** herabsinken; sie wäre vielleicht noch ein **Transitland**, wie heute der Kanton Uri in der Schweiz ! Sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in ganz Europa einmal gleichgeschaltet, dann werden sich die Industriestandorte im Raum Frankfurt, im Pariser Becken,

vielleicht auch noch in der Lombardei konzentrieren; aber sicher wird die Schweiz kein Industriestandort mehr sein.

Wir wollen weder fremdes Recht noch wollen wir fremde Richter. Wir wollen keinen Vertrag, der aus unserem Land so etwas wie eine Kolonie macht. Wir wollen frei und selbständig bleiben. Wir wollen uns unser Recht selber geben !

Wer die Wirtschaftsgeschichte unseres Landes überblickt, der erkennt, dass die Schweiz noch im letzten Jahrhundert eines der ärmsten Länder Europas war. Und dennoch: Ein Land, dem man damals nicht die geringste Chance zur wirtschaftlichen Entwicklung eingeräumt hat, ist innert hundert Jahren zum reichsten Land überhaupt geworden, weil dieses Land die **Kraft** entwickelt hat, sich **eigene, bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen** zu schaffen, geschickt die internationale Lage für sich zu nutzen, sich niemals vereinnahmen zu lassen, Anpassungen geschickt so vorzunehmen, dass man nie die Selbständigkeit preisgeben musste.

Alles in allem: Der EWR-Vertrag verursacht uns **mehr Abhängigkeit, weniger Volksrechte, mehr Fremdbestimmung, fremdes Recht, fremde Richter, Verlust an Souveränität, Preisgabe der Neutralität** - alles Punkte von zentraler Bedeutung - und wirtschaftlich verschlechtert er unsere Rahmenbedingungen: **Unsichere Arbeitsplätze, mehr Arbeitslosigkeit, kleinere Saläre, höhere Steuern, langfristig die Abwanderung in die europäischen Zentren**, von der **Landwirtschaft** ganz zu schweigen.

Zuviel steht für uns auf dem Spiel. All jene vagen Äusserungen der Furcht vor angeblicher Isolation und die ebenso pauschalen Forderungen nach besserem Zugang zu den Märkten Europas können nicht bestehen, wenn man den Dingen wirklich auf den Grund geht. Die wirtschaftlichen Bedingungen in

Europa sind mir als Unternehmer wohl auch nicht ganz fremd. Und ich muss hier feststellen, dass ich niemals in der Vergangenheit vom europäischen Markt ausgeschlossen wurde, wenn ich etwas anzubieten hatte. Wer **bessere Produkte**, wer **bessere Dienstleistungen** anzubieten hat, der findet auch **Käufer und Abnehmer**. Alles andere sind faule Ausreden !

Wenn der neugewählte Bundespräsident am 1. Januar dieses Jahres drohen zu müssen glaubte, er werde bei einer Ablehnung des EWR- oder des EG-Beitritts durch das Schweizervolk zurücktreten, so geben wir ihm zur Antwort: Seinen Rücktritt wird die Eidgenossenschaft wesentlich besser verkraften können als einen EG-Beitritt.

Wir stehen mit unserer Auffassung längst nicht so allein da, wie man uns dies im Bundeshaus und von seiten der Classe politique unablässig weiszumachen versucht. Wenn wir politisch doch wirklich so allein wären, warum fürchtet man sich denn so sehr vor unserem Standpunkt ? Als ich während des letzten Jahres wieder einmal schweren persönlichen Angriffen ausgesetzt war, erhielt ich einen Brief von einem bekannten, währschaften Sozialdemokraten, der während vielen Jahren eine bedeutende Rolle in unserem Land gespielt hat: *"Lassen Sie sich nicht irremachen, aber ich muss Sie versichern, Sie haben - vielleicht gerade in unserer Partei (er meint die SP) - viele Anhänger. Ich kann mich leider nicht so exponieren, aber Sie sollen wissen, dass Sie gar nicht so allein stehen mit Ihrer Meinung, dass der Beitritt der Schweiz zum EWR und zur EG eine grosse Schwächung für die Schweiz darstelle. Insbesondere das arbeitende Volk spürt dies zurecht."*

Ich habe ihm zur Antwort gegeben: *"Ich danke Ihnen für die kluge Bemerkung. Ich wäre Ihnen aber nicht böse, wenn Sie dies auch öffentlich sagen würden."* - Dieser Brief liess mir wie-

der einmal die **Kraft der Unabhängigkeit** bewusst werden. Wir müssen sagen, was wir wirklich denken. Von dieser freien Meinungsäusserung, der auch diese Tagung hier im Albisgüetli gewidmet ist, lebt die lebendige politische Auseinandersetzung.

Gehen wir weiter unseren Weg für ein gutes politisches Anliegen, für unser Volk, für unser Land. Eine grosse Aufgabe wartet auf uns.

Erniedert zwanzigmal jährlich

...damit das gesagt wird,
was nicht
ungesagt bleiben darf.

Für alle Ihre Bicherwünsche:

Der «Schweizerzeit»
Bücherdienst:

Ihre
Versandbuchhandlung

«Schweizerzeit» Verlag AG
Postfach 23, CH-5412 Fläsch
Telefon 052 - 42 15 00, Telefax 052 - 42 15 09

Schweizerzeit

Konservative Zeitung für
Unabhängigkeit, Föderalismus und
Freiheit

Erscheint zweiundzwanzigmal jährlich

...damit das gesagt wird,
was nicht
ungesagt bleiben darf.

* * * * *

Für alle Ihre Bücherwünsche:

**Der «Schweizerzeit»-
Bücherdienst:**

**Ihre
Versandbuchhandlung**

«Schweizerzeit» Verlags AG
Postfach 23, CH - 8416 Flaach
Telefon 052 - 42 15 90, Telefax 052 - 42 15 69

«Schweizerzeit»-Schriftenreihe

- 1 **Salcia Landmann:** Jugendunruhen, Ursachen und Folgen (1982)
- 2 **Kerbhölzer:** Fritz Schäubfeles satirische Glossen zum Zeitgeschehen (1983, vergriffen)
- 3 **Ernst Cincera:** Moskaus Friedensstrategie (1983, vergriffen)
- 4 **Michael Voslensky:** Die realsozialistische Gesellschaft - 70 Jahre seit der Oktober-Revolution (1987)
- 5 **Gustav Däniker:** Brauchen wir eine Armee in/mit Zukunft? (1989, vergriffen)
- 6 **Manual für Medienmanipulatoren,** aber auch eine kleine Denkhilfe für manipulierte Medien-Konsumenten (1989)
- 7 **Dr. Otto von Habsburg:** Europa im Umbruch (1990)
- 8 **Dr. Christoph Blocher:** Zeit ohne Richtung? Orientierungslosigkeit als Merkmal von Politik und Gesellschaft der Gegenwart (1991)
- 9 **Kkdt zD Jörg Zumstein:** Widerstand hat viele Gesichter - Bedrohung und Widerstand aus heutiger schweizerischer Sicht (1991)
- 10 **Prof. Dr. Albert A. Stahel:** Die Strategie des Kleinstaates Schweiz, gestern - heute - morgen (1992)
- 11 **Dr. Christoph Blocher:** Anpassung und Widerstand (1992)